

Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 10/693 —

Betr.: Ablehnung einer Einladung des Deutschen Bundeswehrverbandes durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Dr. Albrecht

Wortlaut der Kleinen Anfrage der Abg. Köneke, Milde, Funke, Schmidt (SPD) vom 25. 1. 1983

Laut „Wilhelmshavener Zeitung“ vom 17. 12. 1982 fühlen sich die Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBV) vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht brüskiert. Dr. Albrecht hatte eine schriftliche Einladung des DBV, im Mai 1983 auf der Wehrbereichstagung in Goslar die Festrede zu halten, abgelehnt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welcher Begründung hat der niedersächsische Ministerpräsident die Einladung des DBV abgelehnt?
2. Welchen Stellenwert hat die Arbeit des DBV nach dem politischen Verständnis des niedersächsischen Ministerpräsidenten?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Hannover, den 15. 2. 1983

Zu 1.

In einem Gespräch am 3. November 1982 zwischen dem niedersächsischen Ministerpräsidenten und Vertretern des Bundeswehr-Verbandes e.V. — Wehrbereich II — wurde u. a. die Einladung des Verbandes zur Bereichsversammlung am 3. und 4. Mai 1983 in Goslar angesprochen. Der Ministerpräsident hat erklärt, zu der Versammlung nicht kommen zu können, weil es ihm bei seiner derzeitigen zeitlichen Belastung grundsätzlich nicht möglich sei, Einladungen von Verbänden Folge zu leisten. Es würde bei anderen Verbänden auf wenig Verständnis stoßen, wenn er in diesem Falle eine Ausnahme machte.

Zu 2.

Die Arbeit des Deutschen Bundeswehrverbandes — dies gilt auch für Mitgliedsverbände wie dem Deutschen Bundeswehr-Verband e.V. — Wehrbereich II — hat den gleichen Stellenwert wie alle Verbände, die sich auf der Grundlage des Art. 9 GG zur Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder gebildet haben. Sie nehmen damit eine grundrechtlich geschützte Aufgabe innerhalb der pluralistisch organisierten Gesellschaft wahr.

Albrecht

(Ausgegeben am 24. 2. 1983)